

Satzung für die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung)

Aufgrund des Art. 3 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes erlässt der Markt Eschlkam

folgende, durch das Landratsamt Cham mit Schreiben vom 22.12.81 Nr. 202-028/6-7 abgabenrechtlich genehmigte Satzung für die Erhebung der Hundesteuer

§ 1 Steuertatbestand

Das Halten eines über vier Monate alten Hundes im Gemeindegebiet unterliegt einer gemeindlichen Jahresaufwandsteuer nach Maßgabe dieser Satzung. Maßgebend ist das Kalenderjahr.

Amtliche Anmerkung zu § 1

§ 1 schränkt die Besteuerung durch die Verwendung des Begriffs „ Jahresaufwandsteuer „ generell auf die Fälle der Hundehaltung im Rahmen der Einkommensverwendung für den persönlichen Lebensbedarf ein. Damit ist insbesondere die Hundehaltung zum Zweck des Einkommenserwerbs von vornherein von der Besteuerung ausgenommen. Die Bestimmungen über die Steuerfreiheit (§ 2) haben daher zum Teil nur deklaratorische Bedeutung.

§ 2 Steuerfreiheit

Steuerfrei ist das halten von

1. Hunden ausschließlich zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben,
2. Hunden des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariterbundes, des Malteser-Hilfsdienstes, der Johanniter-Unfallhilfe, des Technischen Hilfswerks oder des Bundesluftschutzverbandes, die ausschließlich der Durchführung der diesen Organisationen obliegenden Aufgaben dienen,
- 3 .Hunden für Blinde, Taube, Schwerhörige oder völlig Hilflose unentbehrlich sind,
- 4 .Hunden, die zur Bewachung von Herden notwendig sind,
5. Hunden, die aus Gründen des Tierschutzes vorübergehend in Tierasylen oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht sind,
- 6 .Hunden, die die für Rettungshunde vorgesehenen Prüfungen bestanden haben und als Rettungshunde für den Zivilschutz, den Katastrophenschutz oder den Rettungsdienst zur Verfügung stehen,
7. Hunden in Tierhandlungen.

Amtliche Anmerkung zu § 2

Die Aufzählung in den Nummern 1 bis 7 spricht zwei verschiedene Fallgruppen an :

Zum einen werden in deklaratorischer Weise Tatbestände aufgeführt, in denen ein Hund nicht im Rahmen der Einkommensverwendung für den persönlichen Lebensbedarf gehalten wird, also kein Aufwand im Sinn von § 1 der Satzung vorliegt; dazu gehören die Nummern 1,2,4 und 7. Zum anderen wird vor allem aus sozialen Gesichtspunkten und Gründen des öffentlichen Interesses von der Erhebung einer Aufwandsteuer abgesehen; das gilt ganz oder teilweise für die Fälle der Nummern 3,5 und 6.

Soweit die Aufzählung nur eine Klarstellung enthält (Fallgruppe 1), ist sie nicht abschließend; so ist z.B. steuerfrei auch die Hundehaltung in Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten, Gefängnissen ausschließlich zur Durchführung der diesen Einrichtungen obliegenden Aufgaben, die Haltung von (abgerichteten) Hunden, die von Artisten und Schaustellern für ihre Berufsarbeit benötigt werden oder auch von Hunden, die ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken gehalten werden. Die Befreiung in der Fallgruppe 2 ist dagegen rechtsbegründend; sie kann daher nur für die dort genannten Fälle gelten.

§ 3 Steuerschuldner (Haftung)

- (1) Steuerschuldner ist der Halter des Hundes. Hundehalter ist, wer einen Hund im eigenen Interesse oder im Interesse seiner Haushalts- oder Betriebsangehörigen aufgenommen hat.
Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält. Alle in einem Haushalt oder einen Betrieb aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten.
- (2) Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.
- (3) Neben dem Hundehalter haftet der Eigentümer des Hundes für die Steuer.

Amtliche Anmerkung zu § 3

Beim Vollzug des § 3 Abs. 1 Satz 3 kann es zu Härtefällen kommen, wenn neben den dort genannten Personen auch ein Halter nach Abs. 1 Satz 1 für die Haltung desselben Hundes für das laufende Steuerjahr steuerpflichtig ist. Diese Fallgestaltung ist dadurch vorgezeichnet, dass nicht ein bestimmter Hund, sondern das Halten eines Hundes Gegenstand der Besteuerung ist

- (1) hier lassen sich mit der Erlassregelung des Art. 13 Abs. 1 Nr. 5 a KAG in Verbindung mit § 227 AO zufriedenstellende Ergebnisse erzielen.

Die Fiktion des § 3 Abs. 1 Satz 4 soll gewährleisten, dass die Regelungen des § 4 Abs. 1 und des § 5

(2. Alternative)

nicht durch eine Verteilung mehrere Hunde auf verschiedene Halter innerhalb eines Haushalts oder Betriebs umgangen werden können.

§ 4**Wegfall der Steuerpflicht (Anrechnung)**

- (1) Die Steuerpflicht entfällt, wenn ihre Voraussetzungen nur in weniger als drei aufeinanderfolgenden Kalendermonaten erfüllt werden.
- (2) Tritt an die Stelle eines verendeten oder getöteten Hundes, für den die Steuerpflicht besteht, bei dem selben Halter ein anderer Hund, so entsteht für das laufende Steuerjahr keine neue Steuerpflicht.
- (3) Wurde das Halten eines Hundes für das Steuerjahr oder für einen Teil des Steuerjahres bereits in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland besteuert, so ist die erhobene Steuer auf die Steuer anzurechnen, die für das Steuerjahr nach dieser Satzung zu zahlen ist. Mehrbeträge werden nicht erstattet.

Amtliche Anmerkung zu § 4

§ 4 trifft Billigkeitsregelungen. Ist die Steuer in den Fällen des § 4 Abs. 1 bereits aufgrund eines bestandskräftigen Steuerbescheids bezahlt, so ist die Gemeinde verpflichtet, den Bescheid zu widerrufen und die bezahlte Steuer zu erstatten (Art. 13 Abs. 1 Nr.2 b KAG i. V. m. § 37 Abs.2 AO).

§ 4 Abs. 3 hebt insbesondere auf die Fälle des Umzugs des Hundehalters mit dem Hund ab. Der Verkauf oder die sonstige Weggabe an einen anderen Halter in der selben oder einer anderen Gemeinde löst dagegen grundsätzlich eine neue Steuerpflicht in der Person des neuen Halters aus.

§ 5**Steuermaßstab und Steuersatz****Erste Alternative**

Die Steuer beträgt für jeden Hund

20.- DM

Amtliche Anmerkung zu § 5

Auf die Festsetzung eines Rahmens für die Steuersätze konnte mit Rücksicht auf Art. 2 Abs. 3 Nr. 2 KAG nicht verzichtet werden. Ließe das Muster einen nach Art. 2 Abs.

1 KAG wesentlichen Bestandteil der Satzung völlig offen, so könnte man nicht mehr von einem Ausfüllen des Musters sprechen, wenn die Gemeinde in ihrer Satzung diesen offengelassenen Teil regelt.

Die Genehmigungsbehörden werden angewiesen, das Ermessen bei der Genehmigung höherer Sätze wohlwollend auszuüben. Das gilt insbesondere dann, wenn die Gemeinde bereits unter Geltung des Hundesteuergesetzes einen der Rahmen der Mustersatzung übersteigenden Steuersatz hatte. Die Gestaltung des Steuersatzes muss jedoch stets dem Zweck der Steuer als Aufwandsteuer Rechnung tragen und darf das Halten von Hunden jedenfalls nicht wirtschaftlich unmöglich machen.

Pauschalierungsvereinbarungen sind nach Art. 3 Abs.4 KAG möglich; einer besonderen, satzungsmäßig eingeräumten Befugnis hierzu bedarf es nicht mehr.

§ 6 Züchtersteuer

- (1) Von Hundezüchtern, die mindestens zwei rassereine Hunde der gleichen Rasse in zuchtfähigem Alter, darunter eine Hündin, zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer für Hunde dieser Rasse in der Form der Züchtersteuer erhoben. § 2 Nr. 7 bleibt unberührt.
- (2) Die Züchtersteuer beträgt für jeden Hund, der zu Zuchtzwecken gehalten wird, die Hälfte des Steuersatzes nach § 5. § 5 Satz 3 gilt entsprechend

Amtliche Anmerkung zu § 6

Die Haltung der Hunde zu Zuchtzwecken wird regelmäßig in Frage gestellt sein, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren keine Hunde (mehr) gezüchtet wurden.

Die Hundezucht zu Erwerbszwecken ist nach § 1 steuerfrei.

§ 7 Allgemeine Bestimmungen für Steuerbefreiung und Steuerermäßigung (Steuervergünstigung)

- (1) Maßgebend für die Steuervergünstigung sind die Verhältnisse zu Beginn des Jahres.
Beginnt die Hundehaltung erst im Laufe des Jahres, so ist dieser Zeitpunkt entscheidend.
- (2) In den Fällen des § 6 kann jeder Ermäßigungsgrund nur für jeweils einen Hund des Steuerpflichtigen beansprucht werden.

§ 8 Entstehung der Steuerpflicht

Die Steuerpflicht entsteht mit Beginn des Jahres oder während des Jahres an dem Tag, an dem der Steuertatbestand verwirklicht wird.

§ 9 Fälligkeit der Steuer

A l t e r n a t i v e 1

Die Steuerschuld wird zu den im Abgabenbescheid genannten Terminen fällig.

§ 10 Anzeigepflichten

- (1) Wer einen über vier Monaten alten, der Gemeinde nicht gemeldeten Hund hält, muss ihn unverzüglich der Gemeinde melden. Zur Kennzeichnung eines jeden angemeldeten Hundes gibt die Gemeinde ein Hundezeichen aus.
- (2) Der steuerpflichtige Hundehalter (§3) soll den Hund unverzüglich bei der Gemeinde abmelden, wenn er ihn veräußert oder sonst abgeschafft hat, wenn der Hund abhanden gekommen oder eingegangen ist, oder wenn der Halter aus der Gemeinde weggezogen ist.
- (3) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuervergünstigung weg oder ändern sie sich, so ist das der Gemeinde unverzüglich anzuzeigen.

Amtliche Anmerkung zu § 10

Eine Pflicht zur Führung des Hundezeichens sieht die Mustersatzung in Übereinstimmung mit der bisherigen Rechtslage nicht vor. Die Begründung einer solchen Pflicht wäre nur zum Zweck der Überwachung der steuerlichen Erfassung der Hundehaltung möglich.

§ 11 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 1982 in Kraft

Eschlkam, 31.12.1981
Pfeffer
1. Bürgermeister